Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger — Schwerter Volkszeitung — Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung — Aplerbecker Zeitung — Langscheder Zeitung — Holzwickeder Zeitung

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. n Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 245 — Donnerstag, 18. Oktober 1923 — 56. Jahrgang

Die neue Rentenbank.

Die Zwischenlösung der Währungsfrage

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer deutschen Rentenbank beschlossen. Die Papiermark bleibt das gesetzliches Zahlungsmittel. Neben der Papiermark ist in der von der Deutschen Rentenbank ausgegebenen Rentenmark ein wertbeständiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird. Die Rentenmark ist gesichert durch auf Goldmark lautende erststellige Grundschulden auf den gesamten deutschen Grundbesitz und erstrangige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken.

Sie ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe. Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß dieses neue Zahlungsmittel, das nach seiner Eigenart das höchste Maß an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird. Die Deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Banken errichtet werden.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Anfertigung der Rentenbankscheine, die die Unterschrift dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden. Die Deutsche Rentenbank wird dem Reich Zahlungsmittel im Betrage von

1,2 Milliarden Rentenmark

zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reiches einstellen.

Dadurch wird die Inflationsquelle der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Wiedergewinnung ihrer Eigenschaft als eine **wahre Goldnotenbank** freigemacht. Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen.

Um baldmöglichst viele wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe (ein, zwei und fünf Dollar) bis zum Betrage von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zu viel verschiedenartige Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist das Reich bereit, im Laufe des Januar des nächsten Jahres die kleinen Goldanleihescheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlagepapier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden.

Die von der Reichsregierung beschlossenen Maßregeln sind eine Stufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann.

Voraussetzung jeder endgültigen Regelung unserer Verhältnisse ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern. Dafür sollen das Ermächtigungsgesetz und das Arbeitszeitgesetz den Grund legen. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes sind bereits die Umstellung der Steuern auf Goldberechnung erfolgt, die Demobilmachungsverordnungen zwecks Befreiung der deutschen Wirtschaft von Hemmungen geändert und die Grundzüge für durchgreifende Einschränkung der Ausgaben geschaffen. Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung fortfahren.

Die Leitung der Rentenbank.

Der Verwaltungsrat der neuen Bank, der aus vierzehn Mitgliedern besteht, setzt sich folgendermaßen zusammen:

Landwirtschaft: Roesicke, Dietrich, Heim, Crone, Hilger, Gennes, Brandes. **Industrie:** Sorge, von Siemens, Bücher. **Großbanken:** Urbig, Wassermann. **Groß- und Kleinhandel:** Keinath, Grünfeld.

Außer diesem Verwaltungsrat soll ein Aufsichtsrat von 30 Mitgliedern eingesetzt werden.

Die Verordnung über die Rentenbank

Berlin, 16. Okt. Die Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank wird nunmehr im Wortlaut veröffentlicht:

Nach § 2 der Verordnung beträgt das Kapital und die Grundlage der Rentenbank 3,2 Milliarden Rentenmark. Der Betrag wird zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft (§ 6) einerseits und von Industrie, Gewerbe und Handel, einschl. der Banken (§ 9) andererseits aufgebracht.

Nach § 5 ist die Rentenbank von allen Steuern des Reiches, der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände), von Vermögens- und Einkommensteuer, sowie Grundvermögen- u. Gewerbebetriebssteuer befreit.

Nach § 6, Abs. 1, erwirbt die Rentenbank von Grundstücken, die dauernd forstwirtschaftlichen, landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, eine auf Gold lautende Grundschuld in Höhe von 4 Prozent des Wehrertrages. Nach Absatz 4 desselben Paragraphen ist das Kapital der Grundschuld mit 6 Prozent jährlich zu verzinsen.

Nach § 8 haften für das mit Grundschuld belastete Grundstück Verpächter und für die an die Rentenbank zu leistenden Zinsen die Pächter, wie Gesamtschuldner zueinander, die den Eigentümer zur Zahlung von ¼ und den Pächter zur Zahlung von ¾ der Zinsen verpflichtet.

Nach § 9 werden die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestehenden industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe, einschl. der Banken in ihrer Gesamtheit zugunsten der Rentenbank dieselben Beträge in Goldmark leisten, wie die Gesamtheit der oben bezeichneten Grundstücke. Unternehmer neuer Betriebe sind in entsprechender Weise zum Zweck der Verstärkung der Mittel der Rentenbank heranzuziehen.

Nach § 11 sind an dem Kapital der Rentenbank die Eigentümer der belasteten Grundstücke, Unternehmungen und Betriebe im Verhältnis der von ihnen eingetragenen Grundschulden, Schuldverschreibungen, Goldbeträge und Zahlungsmittel in ausländischer Währung beteiligt.

Nach § 12 stellt die Rentenbank auf Grund der für sie begründeten Grundschulden und der ihr zu übergebenden Schuldverschreibungen Rentenbriefe aus.

Nach § 13 dienen die Rentenbriefe als Deckung für die von der Rentenbank auszugebenden Rentenbankscheine. Die Werteinheit dieser ist die in hundert Rentenpfennigen einzuteilende Rentenmark.

Nach § 14 dürfen auf Grund je eines über 500 Goldmark lautenden Rentenbriefes unter der Bezeichnung Rentenbankschein besondere Wertzeichen im Betrage von 500 Rentenmark, insgesamt nicht mehr als der Betrag des Kapitals und der Grundrücklage ausgegeben werden. Die Rentenbankscheine sind an den öffentlichen Kassen als Zahlungsmittel anzunehmen.

Nach § 16, Absatz 1, darf die Rentenbank bankmäßige Geschäfte nur mit dem Reich, der Reichsbank und den Privatnotbanken machen. Sie wird nach Absatz 2 während der nächsten zwei Jahre dem Reich auf Rentenmark lautende unverzinsliche Kredite bis zum Betrage von insgesamt 1200 Millionen Rentenmark zum festen Zinssatz von 6 Prozent gewähren. Bürgschaften darf die Rentenbank für das Reich nicht übernehmen. Sie ist nach Absatz 3, ferner nach Maßgabe der Satzungen berechtigt, der Reichsbank und den Privatnotenbanken zum Zweck der **Kreditversorgung der Privatwirtschaft Kredit bis zum Betrage von 1200 Millionen Rentenmark zu gewähren.** Die Beteiligung der Reichsbank und der Privatnotenbanken an diesen Krediten richtet sich nach dem Verhältnis ihrer Notenausgabe am 31. 7. 1914.

Nach § 17 stellt in Anrechnung auf Grund der im § 16 Absatz 2 genannten Hilfsbeträge die Rentenbank dem Reich sofort ein zinsloses Darlehen von 3 Millionen Rentenmark zur Verfügung, welche Summe das Reich zur Einlösung oder Leiheinlösung seiner bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen verwendet.

Nach § 19 dürfen, sobald die Rentenbank mit der Ausgabe von Rentenbankscheinen begonnen hat, bei der Reichsbank **Schatzanweisungen nicht mehr diskontiert werden.**

Nach § 21 bleibt der Reichsregierung vorbehalten, die zur Durchführung dieser Verordnung und für den Uebergang, insbesondere für das Verfahren ohne Einschluß des Rechtsmittelverfahrens, erforderlichen Verwaltungs- und Rechtsvorschriften zu erlassen. Sie kann Kleinbetriebe von der Belastung ausnehmen.

In § 22, dem letzten der Verordnung, wird bestimmt, daß die Verordnung mit dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft tritt.

Das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 18. Okt. Die Besprechungen zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien über das Arbeitszeitgesetz nehmen bisher einen befriedigenden Verlauf. Heute vormittag finden ebenfalls Beratungen statt, wobei zu erwarten ist, daß die Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden. Eine Einigung ist über die grundlegenden Punkte dahin erzielt worden, daß zur Steigerung der Produktion und Verbilligung derselben, die bisherige gesetzliche Arbeitszeitdauer durch tarifliche Vereinbarung oder bei deren Scheitern durch örtliche Maßnahmen verlängert werden kann, und zwar ist in Aussicht genommen, daß die Höchstdauer bis zu 10 Stunden und im Bergbau und sonstigen gesundheitsschädlichen Betrieben bis zu 8 Stunden festgesetzt werden kann.

Das Parteiblatt der Kommunisten, das „Nordwestdeutsche Echo" in Bremen, ist verboten worden.

*

Im Riesengebirge ist Schneefall eingetreten. Der Kamm des Gebirges ist vollständig mit Schnee bedeckt.

*

Heinrich Ford, der amerikanische Automobilkönig, beabsichtigt, dem amerikanischen Staat seine sämtlichen Kriegsgewinne in der Höhe von sieben Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen.

*

Die belgische Regierung hat in Paris, London und Rom bekannt gegeben, daß sie de la Croix beauftragt habe, den Wiederherstellungsausschuß über die belgischen Sachverständigenpläne zu unterrichten.

*

Der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, ist auf seinen Posten zurückgekehrt.

*

In einer Sitzung des Sekretariats des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, daß der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Edo Fimmen, der bereits vor einiger Zeit seine Demission gegeben hat, am 1. November sein Amt niederlegen soll.

*

Dem Vertreter des Völkerbundes für russische Flüchtlinge in Deutschland, Generalkonsul Schlesinger, sind gelegentlich seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten für den Ausbau und die Unterhaltung des in Berlin gegründeten russischen wissenschaftlichen Instituts vom Joint Distribution Committee 10000 Dollar zur Verfügung gestellt worden.

*

Clemenceau ist von seinem Sommeraufenthalt in Vendee wieder in Paris eingetroffen.

*

Aus Moskau meldet der „Exchange Telegraph", daß General Kuropatkin sich noch am Leben befinde und sich gegenwärtig auf seinem Gute aufhalte.

*

Der „Morning Post" wird aus Washington gemeldet, daß nach einer Depesche der „Newyork-Times" aus Manila die politische Lage auf den Philippinen äußerst ernst sei. Zahlreiche Amerikaner befürchten einen Aufstand gegen die amerikanische Oberhoheit.

*

In den letzten Tagen hat wiederum ein gewaltiger Sturm die jütische und nordschleswigsche Westküste heimgesucht. Auf der kleinen Insel Manö wurde der Deich von neuem durchbrochen, nachdem er nach der letzten Sturmflut notdürftig wiederhergestellt war.

*

In Durban an der Küste von Natal wurde ein Pottfisch, eine Art Walfisch, gefangen, in dessen Eingeweide man etwa eine halbe Tonne Bernstein fand. Der Wert des Fundes wird auf 240 000 Pfund Sterling geschätzt.

Einzelnummer 25 000 000 Mk.

Zum Geleit.

Die Liebe ist das Lieblichste und Edelste. Denn sie ist aus Gott und ist das Zeugnis und die Frucht der geistlichen Geburt in uns. Mit diesem Zeichen beweisen wir, daß Gott in uns ist.

Dr. M. Luther.

Neuigkeiten.

Die Aufschließung von Braunkohlenvorkommen in der Provinz Brandenburg macht Fortschritte. Das zuständige Oberbergamt Halle a. S. hat wieder elf Bergwerksverleihungen ausgesprochen.

*

Der neue Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums Berlin-Brandenburg, Geh. Regierungsrat Dr. Hüttebräuker, bisher Direktor des Provinzialschulkollegiums in Hannover, wurde am Montag in Lichterfelde in Anwesenheit des Oberpräsidenten vom Minister Dr. Boelitz in sein neues Amt eingeführt.

*

Der „Völkische Beobachter", das Organ der Nationalsozialisten, der am 4. Oktober verboten wurde, ist wieder erschienen.

*

Das Elberfelder Marktgericht trat auf dem städtischen Viehmarkt gegen zwei Viehhändler in Tätigkeit, die wucherische Preise forderten. Gegen einen Händler wurde auf sechs Wochen Gefängnis und 800 Milliarden Mark Geldstrafe erkannt. Der andere Händler erhielt einen Tag Gefängnis und 300 Milliarden Mark Geldstrafe.

Das Volksgericht in München hat den 19jährigen, wegen Zuhälterei schon in Strafhaft sitzenden Schlosser Neubauer, der sich der französischen Heereskommission in München für die Fremdenlegion angeboten hatte, zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

*

Senator Karl Dimpker in Lübeck, der noch am Donnerstag den Deutschen Schiffahrtstag in Hamburg leitete, ist einem Schlaganfall erlegen.

*

Das deutsche Waisenhaus in Sofia ist Sonntag niedergebrannt.

*

In Rothenburg in Hessen sind große Mühlenwerke der Firma Heß Söhne durch Feuer vernichtet worden. Der Brand ergriff auch mehrere Nebengebäude, die zum Teil vollständig niederbrannten.

Stresemann verhandlungsbereit.

Paris, 16. Okt. Gestern teilten wir bereits mit, daß die belgische Regierung sich bereit erklärt hat, auf Grund der in ihrem Graubuch enthaltenen technischen Studien genaue Pläne zur besseren Ausbeutung der Ruhrindustrien sowie zur Hebung des Wirtschaftslebens an Rhein und Ruhr der deutschen Regierung in Kürze zu unterbreiten, falls bei dieser Interesse für ein derartiges Entgegenkommen von Seiten der Verbündeten bestände. Wie wir heute hierzu erfahren, hat **der deutsche Kanzler lebhaften Anteil an dem von der belgischen Regierung geplanten Schritt genommen** und die Angelegenheit bereits eingehend mit dem belgischen Gesandten besprochen. Die französische Presse, die auf diese Unterredung nachdrücklich hinweist, hält sie entschieden im Interesse einer baldigen gegenseitigen Verständigung für sehr wertvoll und betont, daß sie vor allem **die ehrliche Verhandlungsbereitschaft der Berliner Regierung** bezeuge.

Wie in wohlunterrichteten Kreisen versichert wird, steht ein gleicher Schritt Stresemanns in Paris bevor. Die Regierungspresse will sogar wissen, daß der deutsche Geschäftsträger in Paris gestern bereits von seiner Regierung angewiesen worden ist, Verhandlungen mit Poincaré oder seinen Beauftragten erneut einzuleiten. Man spricht auch von einem umfangreichen, in seinen Einzelheiten noch nicht bekannten Dokument, das **Erörterungen und Vorschläge über das gesamte Wiedergutmachungsproblem enthält und in den nächsten Tagen schon dem französischen Ministerpräsidenten übergeben werden soll.** Es scheinen also von Stresemann großzügige Schritte eingeleitet worden zu sein, die einigen Erfolg versprechen. Hoffentlich laufen diese Verhandlungen nach glückverheißendem Beginn nicht wieder letzten Endes auf einen toten Punkt hinaus, wie wir dies früher leider so oft erfahren mußten.

Die Blätter bringen übrigens heute auch eine sehr beachtliche **Ergänzung zu den Verhandlungen mit Stinnes** und Genossen mit General Degoutte. Danach sollen sich die Industriellen verpflichtet haben, Frankreich u. Belgien die gesamte Menge der nach dem Abkommen von Spaa erforderlichen Kohlen zu liefern unter der Bedingung, daß die alliierten Regierungen weiterhin Vorschüsse leisten, für den Fall, daß die Berliner Regierung sich weigere, dies zu tun. Nach den Aufstellungen der Industriemagnaten soll es möglich sein, aus dem Ruhrgebiet jährlich eine Million Pfund Sterling an Reparationen herauszuziehen. **Nur soll sich Hugo Stinnes, der „Selbstlose", die Einräumung eines Platzes in der Verwaltung der französisch belgischen Eisenbahnregie im Ruhrgebiet und am Rhein vorbehalten haben.**

Im Anschluß an diese Mitteilung beschäftigt sich die französische Presse vielfach mit der Frage, was nun überhaupt aus den **Sachlieferungen** werden solle, wie sie gehandhabt würden und wer dafür die Garantie übernehme. Bekanntlich hat ja die Berliner Regierung in der ganzen Angelegenheit eine ganz merkwürdige Stellung eingenommen, indem sie erklärte, daß sie die Verhandlungen der Industriellen mit den Besatzungsbehörden an sich billige, ihre Versprechungen für sich jedoch nicht als bindend erachten könnte. Hierdurch ist ein gewisser, nicht zu leicht entwirrbarer Konflikt entstanden. Der offiziöse „Temps" schreibt heute hierzu:

„Der deutsche Reichskanzler hat in seinem letzten Briefe an Hugo Stinnes erklärt, daß er für die von ihm mit den Verbündeten im Namen der Reichsregierung vereinbarten Sachlieferungen keine Garantie übernehmen könnte und deshalb auch eine diesbezügliche Verantwortung ablehnen müsse. Es erhebt sich nun die Frage, ob die deutsche Regierung sich überhaupt, ob für längere Zeit oder nur für die jetzige Uebergangszeit weigert, die von den Industriellen übernommenen Verpflichtungen zu lösen. Oder will Stresemann durch die Weigerung darauf hinweisen, daß er nur Verhandlungen mit seiner Person als rechtsgültig für das Reich anerkennen will? Es ist aber auch möglich, daß der Kanzler einen eignen Zahlungsplan aufgestellt hat und nur auf die Gelegenheit wartet ihn vorzubringen. Für alle Fälle muß an die von Poincaré am 2. Januar auf der Konferenz von Paris aufgestellten Richtlinien erinnert werden, die besagen, daß im besetzten Gebiet höhere Steuern erhoben werden müssen, falls das Reich keine Zahlungen leisten will."

Demnach müßten ja die Bewohner vom Rheinland und einem Teile Westfalens gegebenenfalls allein die Wiedergutmachungslasten auf sich nehmen, wo sie nach neunmonatiger Lahmlegung von Handel und Industrie und ungeheurer Besteuerung von Reichs wegen kaum imstande sind, sich selbst, ihr Gewerbe und ihre Familien notdürftig zu unterhalten. Wir können uns nicht denken, daß Poincaré eine solche Regelung jetzt noch für die richtige hält. Unseres Erachtens liegt der Fall doch überhaupt so, daß die Industriellen für den Fall, daß Berlin sich weigern sollte zu zahlen, sich verpflichtet haben, für ihre Abmachungen mit den Besatzungsbehörden mit ihrem eigenen Besitztum einzutreten. Dadurch dürfte doch die Bevölkerung als solche entlastet sein. Hoffentlich bringen die neuen Verhandlungsversuche Stresemanns Klarheit in diese ganze Angelegenheit.

* *

London, 16. Okt. Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph" zufolge wird der Sieg des Reichskanzlers Stresemann über die extremen Elemente auf beiden Seiten des Reichstages in britischen Kreisen als ein zur Stabilität beitragendes Faktorum begrüßt. Angesichts der lauwarmen Haltung der französischen Regierung gegenüber dem jetzt der Reparationskommission vorliegenden Reparationsplan sei aber der Optimismus zu sehr gedämpft. Man sei der Ansicht, daß Präsident Millerands Rede Poincarés beharrliche Weigerung, die örtlichen Pfänder in den besetzten Gebieten zurückzugeben, bis die letzte deutsche Zahlung geleistet sei, nur verstärkt hat.

*

Ein schmeichelhaftes Urteil über Stresemann.

Genf, 16. Okt. Das „Journal de Genève" schreibt zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes, daß der Reichskanzler einen schönen parlamentarischen Sieg errungen habe und daß er nicht nur ein gewiegter innerpolitischer Taktiker, sondern auch ein Regierungschef und Staatsmann sei. Bei der Abwicklung der Krise habe er eine Entschlußfähigkeit und Energie gezeigt, wie sie noch keiner seiner Vorgänger bewiesen habe. Der Reichskanzler müsse nunmehr unverzüglich an sein Reformprogramm herantreten. Er scheine dabei gleichzeitig eine radikale Lösung aller in Deutschland betreffenden Fragen im Auge zu haben. Das Blatt schließt: Zum ersten Male sehen wir einen deutschen Reichskanzler mit Charakter und Weitblick, aber er kommt recht spät.

London, 16. Okt. „Manchester Guardian" schreibt zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes im deutschen Reichstag, von außen wie von innen bedroht, könne das deutsche Volk wohl der Ansicht sein, daß für den Augenblick eine Lösung nur in der vollständigen Zusammenfassung der Macht in einigen wenigen Händen gefunden werden könne.

Sthamers Stellung erschüttert?

Paris, 16. Okt. Der Londoner Berichterstatter des „Matin" behauptet, daß Stresemann mit dem deutschen Botschafter Dr. Sthamer unzufrieden sei, und daß die Stellung Sthamers schwierig geworden sei. Sthamer habe unzuverlässige Berichte nach Berlin gesandt, die sich insbesondere auf Mitteilungen untergeordneter Beamten und Bankiers stützen, ohne daß er den Weisungen Lord Curzons in der Frage des passiven Widerstandes genügend Rechnung getragen hätte.

Paris, 16. Okt. Der Pariser Korrespondent des „Daily Herald" behauptet, einige Einzelheiten aus den Verhandlungen zwischen Stinnes und General Degoutte erfahren zu haben. Stinnes soll sich verpflichtet haben, Frankreich und Belgien die Gesamtmenge der Kohlen, die ihnen nach dem Abkommen von Spaa zuständen, zu liefern, falls die alliierten Regierungen ihm Vorschüsse bezahlen, wenn die Reichsregierung nicht in der Lage ist, die Kohlenlieferungen zu bezahlen. Stinnes hätte einen Plan vorbereitet, durch welchen das Ruhrgebiet jährlich ungefähr 100 Millionen Pfd. Sterling für die Reparationen abwerfen könnte. Er forderte eine beträchtliche Herabsetzung der 40-proentigen Kohlensteuer und eine Vertretung Deutschlands in der französisch-belgischen Eisenbahnregie. Die Meldung ist selbstverständlich durchaus tendenziös. In der kommunistischen Presse in Frankreich und Belgien wird in der schärfsten Weise gegen Deutschland Stimmung gemacht, weil dieses angeblich die Arbeiter ihrer Rechte beraube, besonders zugunsten der deutschen und französischen Kapitalisten den Achtstundentag totschlagen wolle.

Eine Erklärung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit:

In den letzten Berichten über die letzte Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie behauptet ein Teil der Tagespresse, Herr Geheimrat Bücher habe mitgeteilt, „daß die Herren Stinnes und Klöckner ihre Mission, d. h. Verhandlungen mit den französischen Besatzungsbehörden, nicht nochmals aufnehmen werden." Diese Mitteilung ist durchaus unrichtig. Herr Geheimrat Bücher hat vielmehr, wie auf Grund des stenographischen Berichtes über die Sitzung festgestellt werden konnte, folgendes ausgeführt:

1. Die Auffassung, daß die Verhandlungen legaliter erfolgt sind, ist seitens der Regierung bestätigt worden.

2. Die Erörterung galt der Behandlung wirtschaftlicher Fragen.

3. Bei diesen Verhandlungen ist aber auch die Arbeitszeitfrage berührt worden. Da diese Frage trotz ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung nach der ganzen Entwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse auch eine starke politische Bedeutung hat, so hätte ihre Erörterung bei dieser Zusammenkunft vermieden werden müssen. Soweit ich orientiert bin, kommen Verhandlungen über die Arbeitszeit überhaupt nicht in Frage.

4. Aus der Tatsache, daß diese Fragen überhaupt berührt wurden, Illoyalität der beteiligten Herren zu schließen oder sie sogar des „Vaterlandsverrats" zu bezichtigen, ist nach meinem Dafürhalten außerordentlich viel schwerwiegender u. Deutschland schädigender und eher als Vaterlandsverrat zu bezeichnen, als wenn bei diesen Verhandlungen ein taktischer Fehler gemacht wird. Diesen Vorwurf des Vaterlandsverrats habe aber unglaublicherweise ein großer Teil der deutschen Presse, lediglich gestützt auf gröbste Indiskretion zurückzuführende und entstellende Nachrichten erhoben.

Stresemann-Seipel.

Prag, 17. Okt. Bundeskanzler Dr. Seipel der gestern nach Vorarlberg abgereist ist, trifft nach den neuesten Nachrichten heute mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Stresemann in Bregenz zusammen.

Kartoffelgeldvorschüsse für Fürsorgeempfänger.

Berlin, 17. Okt. Der Reichsarbeitsminister hat für Preußen den Betrag v. 279 005 027 070 000 Mark zur Verfügung gestellt, die der preußische Volkswohlfahrtsminister laut amtlichen preußischen Pressedienst auf die Provinzen entsprechend verteilt hat. Diese Vorschüsse dürfen lediglich zur Kartoffelbeschaffung verwandt werden. Der Vorschuß ist so zu bemessen, daß auf einen Fürsorgeempfänger und je einen Familienangehörigen im Höchstfalle drei Zentner Kartoffeln kommen. Die Vorschüsse sollen von halben Monatsbezügen, beginnend mit der Rate der ersten Novemberhälfte, wieder eingehalten werden und spätestens bis zum 29. 2. 24 zurückgezahlt sein.

Wiederaufnahme des Postverkehrs.

Essen, 16. Okt. Ebenso wie die Eisenbahner nehmen auch die Postbeamten im Ruhrbezirk, die sich mit den Eisenbahnern solidarisch erklärt hatten, die Arbeit wieder auf. Die Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden sind abgeschlossen. Morgen werden die Arbeiten zur Wiedereröffnung des Fernsprech- und Telegraphendienstes begonnen werden. Betreffs der Rückkehr der ausgewiesenen Beamten konnten von den an den Verhandlungen teilnehmenden Franzosen zwar keine bindenden Zusagen gemacht werden, doch wurde die Rückkehr in Aussicht gestellt. In Essen erfolgten heute Besprechungen der in Frage kommenden deutschen Stellen über die Wiederaufnahme des Eisenbahndienstes, in denen man ein einheitliches Vorgehen gegenüber der Regie im ganzen Bezirk vereinbarte. Vorerst kann aber nur an die Wiederaufnahme des Güterverkehrs, und zwar zunächst des Stückgutverkehrs, gedacht werden. Den Franzosen ist es in erster Linie um die Sicherung der Brennstoffe zu tun. Sie fordern, daß die beschlagnahmten Brennstoffhalden auf den Zechen durch die deutschen Arbeiter weiter verladen werden. Die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets kann vorläufig nur in der bisher dafür vorgesehenen Form weiter fortgesetzt werden.

Essen, 16. Okt. Wie verlautet, haben die Verhandlungen zwischen der Besatzungsbehörde und der deutschen Post dazu geführt, daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit am 17. Oktober gerechnet werden kann. Auch in Dortmund dürfte der Postbetrieb in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Berlin, 16. Oktober. Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet: Die in Betracht kommenden deutschen Stellen berieten heute über die planmäßige Wiedereinstellung der Eisenbahner. Die Regieverwaltung werde in dieser Hinsicht bestimmte Vorschläge erhalten. Vor übereilten Hoffnungen hinsichtlich der völligen Wiederinbetriebnahme des Eisenbahnverkehrs muß gewarnt werden. Bisher ist an den deutschen und französischen Stellen nur über die Wiedereinstellung der Eisenbahner verhandelt worden. Der wünschenswerten Wiederherstellung des Güterverkehrs stehen noch überaus große Schwierigkeiten im Wege. Von der Regie wird selbst betont, daß einstweilen nur der Stückgutverkehr bewältigt werden könne. Die Hauptschwierigkeiten für die Wiederaufnahme des allgemeinen Güterverkehrs ist darin zu finden, daß die Ausweisungen im wesentlichen neben den höheren Beamten, das technische Personal, namentlich Lokomotivführer, betroffen haben.

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

64 (Nachdruck verboten.)

Breitschwert bemerkte nichts von der Veränderung, er lag in tiefem, traumlosem Schlummer. Was war er doch für ein seltsamer Mann. Im Augenblick der höchsten Spannung, wo man den Atemzug des Kampfes schon fast fühlen konnte, vermochte er seine Nerven zum Schlaf zu zwingen. Das war das höchste Zeichen einer ohne Beispiel dastehenden seelischen Kraft. Und er tat nicht blos, als ob er schlief, er hielt nicht blos die Augen geschlossen und ruhte, nein, die Gewalt seines Geistes über den Körper war so machtvoll, daß er zu jeder Stunde des Tages und der Nacht den Schlaf kommandieren konnte, wie einen Diener.

Gegen dreiviertel sechs Uhr, als schon abendliche Schatten wie ein schwarzer Rabenflug in die tiefen Täler hereinflatterten, als schon hier und da in den niederen Hütten die trüben Petroleumlampen aufleuchteten, erhob sich Breitschwert aus dem Schlaf. Gestärkt an Geist und Körper reckte er sich und schien die Kraft seiner Muskeln zu prüfen, indem er nach einem Stuhl griff und ihn wie ein Athlet in die Höhe hob und mehrmals an sich zog und wieder von sich stieß.

Dann blickte er nachdenklich hinaus in den langsam heranschleichenden Abend und als er die Situation erkannt, ging er zu seinem Pistolenkasten, prüfte genau die Munition, lud den mächtigen Revolver, suchte sich ein Paar ganz moderne stählerne Handschellen, gab dem Mechanismus ein Tröpfchen Oel, daß er tadellos funktionierte und zog eine lederartig aussehende Weste unter seine gewöhnliche Kleidung. Er tat dies immer, wenn zu erwarten war, daß ihn ein Dolchstoß im bevorstehenden Kampfe treffen konnte. Denn diese Weste, die Erfindung eines schwedischen Polizisten, bestand aus hart gegerbtem Schweinsleder und war mit dicker, scharf appretierter Seide gefüttert. Sie war ungemein leicht, verhinderte aber jeden, wenn nicht sehr sicher und wuchtig geführten Dolchstoß einzudringen.

Damit war er fertig und setzte sich ruhig an seinen Tisch, goß sich ein großes Glas aromatisch duftenden Cognacs ein, leerte es auf einen Zug und empfing dann die beiden eben eintretenden Herren.

„Meine Freunde, ich muß Ihnen sagen, daß wir einem schweren Kampf entgegengehen. Unser Leben steht in Gottes Hand, ich hoffe, wir werden es nicht verlieren, sondern den gefährlichen Burschen endlich so fest fassen können, daß ihm das Gericht den Kopf vor die Füße legt. Die größte Vorsicht ist geboten, denn unsere Gegner haben einen ungeheuren Vorteil vor uns voraus. Sie kennen uns, wir kennen sie nicht, außerdem: Sie wissen, lieber Rechenbach, daß ich Sie mit der Absicht in dieses einsame Tal schickte, weil uns dann leichter gelingen sollte, verdächtige Elemente zu beobachten. Leider ist uns dieser Vorteil zu Wasser geworden, denn wer konnte damit rechnen, daß sich der Teufelsgrund gerade heute, an diesem kritischen Tage erster Ordnung, in ein Heerlager verwandeln würde und daß infolgedessen sich der Verbrecher, der nach unserem Leben zielt durch eine bei jedem Trödler zu beschaffende Infanterieuniform unsichtbar machen, untertauchen kann in der Masse der Regimenter, die augenblicklich auf allen Straßen den Spessart durchziehen.

Trotz alledem müssen wir es wagen, wir müssen den ungleichen Kampf aufnehmen und vor allen Dingen den Gegner vernichten, wenn auch einer von uns dabei den Sprung ins Dunkle tun muß. Meine Freunde, ich brauche Euch nicht zu sagen, daß zu dem Schritt, den wir jetzt antreten, ein eiserner Zusammenhalt gehört und ein sklavischer Gehorsam. Wie das Orchester an einem Kapellmeister, haben Eure Augen an meinem Wink zu hängen, die kleinste Abweichung von dem gegebenen Befehl, kann den Ungehorsamen zerschmettern. Wir werden nicht weit auseinandergehen, ich schätze auch, daß nicht allzu viele Feinde uns angreifen werden und sollten sie versuchen zu entkommen, so werden sie den Polizisten in die Hände fallen, die ich im Umkreis postiert habe. Bevor wir aber gehen, muß ich noch einmal an den Inspektor nach Heigenbrücken telegraphieren."

„Den Inspektor?" fragte Kluge.

„Ja, denn er ist auf meinen Wunsch persönlich hier eingetroffen und leitet den Sicherheitsdienst um uns herum. Wie gesagt, wir haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber wir dürfen deshalb das Geschick nicht aufhalten, wir müssen ihm in die Augen sehen, nur so können wir siegen: denn wenn wir dem Feinde nicht die Entscheidung anbieten, so bleiben wir stets in der Furcht, daß er uns überfällt. Damit Gott befohlen, meine Freunde, reicht mir Eure Hände, untersucht Eure Waffen und dann vorwärts."

Als Breitschwert mit seinen Freunden auf die Dorfstraß hinausgetreten war, bemerkte er eine Gruppe junger Offiziere die im Waffenrock ohne Degen, die Reitpeitsche in der Hand langsam auf und abflanierten. Die Sonne war gerade im Scheiden und hing wie ein roter Feuerball in den lichten Abendwolken.

Der junge Offizier, der schon am Nachmittag das Hammerwerk besichtigt hatte, trat jetzt an die drei Freunde heran und fragte:

„Verzeihen sie, meine Herren — von Wangeheim ist mein Name — es soll hier in der Nähe eine alte Tempelruine sein, können sie uns vielleicht Bescheid geben, auf welchem Wege wir dahin gelangen?"

„Wenn es ihnen recht ist, meine Herren, will ich sie führen," antwortete Breitschwert freundlich.

Die Offiziere verbeugten sich und nannten jeder ihren Namen, worauf der Spaziergang gemeinschaftlich fortgesetzt wurde.

Es düsterte bereits stark in dem Hochwald und man mußte außerordentlich vorsichtig schreiten, damit man nicht auf dem glatten Boden ausrutschte und in den rauschenden Aubach hinunterglitt. Wie rote Glühwürmchen schienen die brennenden Cigarren der Wandernden in den scheidenden Abend und Breitschwert glaubte plötzlich einen leichten Schritt hinter sich zu vernehmen. Als er sich umblickte, verschwammen ihm die Umrisse einer Frauengestalt im Schatten des Waldes. Auch Herr von Wangenheim, der dicht an seiner Seite ging, warf im Gespräch gelegentlich einen Blick zurück, als ob er das Geräusch ebenfalls gehört hätte.

Der Doktor mußte wieder und wieder das feine Gesicht des neben ihm Herschreitenden bewundern und vor allen Dingen überraschte ihn die Pracht der mächtigen, zwingenden Augen, die hoheitsvoll aus dem schönen Gesicht leuchteten. Die Mütze saß auf dem kurzen Blondhaar etwas verwegen auf die rechte Seite gerückt und verlieh dem Gesicht einen eigenartigen Ausdruck von Kühnheit und Wagemut.

(Fortsetzung folgt.)

Erwerbslosendemonstrationen vor der Berliner Börse.

Berlin, 16. Okt. Bei den Zusammenrottungen von Arbeitslosen in verschiedenen Stadtteilen kam es auch zu Ansammlungen der Berliner Börse, bei denen die zur Börse fahrenden Makler bedroht und auch tätlich angegriffen wurden. Infolgedessen sah sich der Börsenvorstand genötigt, die Hilfe der Schutzpolizei in Anspruch zu nehmen. Darauf wurde das Börsengebäude hermetisch abgeschlossen. Als man sah, daß die Polizei Herr der Lage war, wurde ein Eingang für die Börsenbesucher freigegeben; jedoch wurde die schärfste Kontrolle bei den Eintretenden ausgeübt.

Neue Unruhen in Leipzig.

Leipzig, 17. Okt. Hier setzten sich im Laufe des gestrigen Tages die Unruhen fort. Sie nahmen ihren Ausgang wieder von der Markthalle, die um zehn Uhr vormittags geschlossen werden mußte. Große Menschenmengen hatten sich auf dem Roßplatz angesammelt. Sie wurden von berittener Polizei auseinander gesprengt, wobei 25 Tumultanten verhaftet wurden.

Eine Spionin vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 17. Okt. Vor dem Senat für erstinstanzliche Strafsachen des Reichsgerichtes hatte sich am Montag die bayerische Staatsangehörige Frau Bruhas-Brüning aus München zu verantworten. Sie hatte sich an einen Führer der Roßbach-Brigade herangemacht, um von ihm die Geheimnisse der Roßbach-Organisationen zu erforschen und ferner, um zu erfahren, ob die Reichswehr Verbindung mit Hitler und Roßbach unterhält. Das Urteil lautete auf 3½ Jahre Zuchthaus.

Unbillige Zahlungsbedingungen.

An die Handelskammer Leipzig sind von vielen Seiten bewegliche Klagen über die verschiedensten Zahlungsbedingungen gelangt. Wenn die Handelskammer auch im einzelnen Rechtsstreit ein Urteil nicht fällen kann, so möchte sie doch ihren allgemeinen Standpunkt der Oeffentlichkeit wie folgt unterbreiten:

Es ist bei den ungeheuren Schwankungen der Mark von Tag zu Tag verständlicher, wenn der Verkäufer durch entsprechende Zahlungsbedingungen sich dagegen zu schützen versucht. Die Bestimmungen aber, wie sie teilweise namentlich von der Industrie und vielleicht veranlaßt dadurch auch vom Großhandel getroffen worden sind, gehen nach Ansicht der Handelskammer über das gerechtfertigte Maß hinaus, im besonderen belasten sie in unerträglicher Weise den Einzelhandel. Eine Rückwirkung auf Großhandel und Industrie wird nicht ausbleiben. Die Handelskammer ist der Auffassung, daß angesichts des verzweifelten Wirtschaftskampfes alle Kreise von Handel und Industrie zu gewissen Opfern nicht zuletzt in ihrem eigensten Interesse verpflichtet sind. Sie schlägt deshalb im besonderen vor, um den infolge der Repartierungsklausel und ähnlichen Bestimmungen besonders beklagten Mißständen abzuhelfen, die Zahlungsbedingungen bei Fakturierung auf fester Währung so zu gestalten, daß die ganze in Papiermark geschuldete Summe nach dem Kurs eines bestimmten Tages sich errechnet. Als Mittelweg empfiehlt sich dabei, den amtlichen Berliner Kurs des Zahlungstages zugrunde zu legen, sofern dieser nicht einmal vom Eingang der Rechnung und zum anderen vom Kurs des Tages des Geldeinganges allzuweit entfernt ist.

Dagegen widerspricht die Handelskammer mit Entschiedenheit der Bestimmung, wonach der Kurs des Rechnungsdatums unter allen Umständen als Mindestkurs anzusehen ist. Steigt die Mark, dann muß der Verkäufer diesen scheinbaren Verlust tragen, nachdem er jahrelang nur mit fallender Mark zu rechnen hatte. Die Handelskammer widerspricht weiter der oft wiederkehrenden Klausel, wonach auch bei Fakturierung auf wertbeständiger Basis für den Fall des Verzugs Bankzinsen oft sogar noch mit einem Aufschlag ausbedungen werden. Bei der Rechnung auf wertbeständiger Basis ist eine Forderung von Zinsen über die gesetzliche Höhe hinaus in der Regel ungerechtfertigt. Nach Auffassung der Handelskammer verstößt es gegen Treu und Glauben, wenn bei Kauf- und Lieferungsgeschäften, die freibleibend abgeschlossen sind, auf die sich schließlich ergebenden Rechnungsbeträge frühere Vorauszahlungen des Käufers oder Bestellers nur mit dem Nominalbetrag angerechnet werden, ohne die Papiermark auszuwerten.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß in verschärftem Umfange neuerdings gegen die Bedingungen der Banken vielfach Beschwerden erhoben werden. Die ungeheure Belastung der Banken ist unbestreitbar. Gegen Einschränkung der Zinsverpflichtung für Guthaben und ähnliches mögen Einwendungen nicht erhoben werden können. Wenn aber die Banken bei den heutigen hohen Zinssätzen bei der Einlösung von Notgeld oder bei der Gutschrift von Schecks eine 10tägige Laufzeit zur Gutschrift in Anspruch nehmen, geht dies wohl über die berechtigten Ansprüche hinaus und dient damit immer mehr zur Vermeidung des bargeldlosen Verkehrs, verschärft also nur den Zahlungsmittelmangel.

Erhöhung der Getreidereserve.

Zur Sicherung der Brotversorgung.

Nach dem Wegfall der Markenbrotversorgung sah das Gesetz vor die Bildung eines Getreidevorrates bis zu 1 Million Tonnen durch die Reichsgetreidestelle, womit in Notfällen eingegriffen werden und auch ein gewisser Preisdruck ausgeübt werden sollte. Der Reichsregierung erscheint diese Reserve zu gering und sie hat sie nun durch Verordnung von 1 auf 2,5 Millionen Tonnen erhöht.

Alle Bedarfskommunalverbände können beantragen, daß an Mühlen, die sie bestimmen, von der Reichsgetreidestelle Getreide zum Tagespreis bis zu ¾ der bisherigen Ration geliefert wird. Im Sinne dieser Bestimmungen ist rechtzeitig Vorsorge dahin getroffen worden, daß an alle Kommunalverbände, bei denen Schwierigkeiten bei Uebergang in die freie Wirtschaft zu befürchten waren, ausreichende Mengen Getreide durch die Reichsgetreidestelle geliefert werden. Von den Mühlen soll das Getreide auf dem normalen Weg über den Bäcker in den Konsum gelangen. Die Kommunalverbände können die Verwendung des Getreides zur Versorgung der Bevölkerung ihres Bezirkes überwachen. Es ist anzunehmen, daß auf diese Weise die Brotversorgung sich ohne Uebergangsschwierigkeiten abwickeln wird. Für die besetzten Gebiete ist darüber hinaus die Fortführung der Markenbrotversorgung ermöglicht worden.

Bekanntlich ist das Markenbrot, obwohl sein Preis in letzter Zeit wiederholt heraufgesetzt werden mußte, billiger gewesen als das markenfreie Brot. Die Spanne zwischen dem Preise für das freie Brot und für das Markenbrot ist gerade in den letzten zwei Wochen besonders groß geworden, weil die Markentwertung und damit die Steigerung der Getreidepreise täglich sprungweise vor sich ging. Um den Uebergang zu erleichtern, sind in Ausführung des Gesetzes vom 23. 6. 1923 für die bedürftigen kinderreichen Familien besondere Geldmittel zur Verfügung gestellt worden. Auch werden die Bezüge der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie der Erwerbslosen alsbald in Anpassung an die Teuerung erhöht.

Die Aufbringung der Getreidereserve durch die Reichsgetreidestelle hat sich bisher in befriedigender Weise vollzogen. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, auch die erhöhte Reserve durch Ankauf zu beschaffen. Dabei wird das Augenmerk der Regierung darauf gerichtet sein, nach Möglichkeit auch Getreide aus dem Ausland für die Zwecke der Reserve hereinzuschaffen.

Eine kommunistische Geheimsitzung.

Nach zuverlässigen Nachrichten hat, wie erst jetzt bekannt wird, in den letzten Tagen in Berlin eine Geheimsitzung des Zentralausschusses der K. P. D. stattgefunden, auf der die Richtlinien der Kommunisten für den Fall einer Uebernahme der Regierung festgelegt wurden. Aus diesen Richtlinien ist durch den Breslauer Bezirksleiter der K. P. D., Alfred Oelßner, folgendes bekanntgeworden:

Aufruf an die Bauernschaft zur freiwilligen Abgabe von Getreide und Lebensmitteln.

Versagt dieser Aufruf, so sollen bewaffnete Arbeitertruppen die Lebensmittel beschlagnahmen.

Die gesamte nichtkommunistische Presse wird verboten.

Sämtliche nichtkommunistischen Führer werden festgenommen.

Wird der neuen kommunistischen Regierung von irgendeiner Seite oder Person Widerstand entgegengesetzt, so erfolgt rücksichtslos die Todesstrafe.

Bezeichnend für den Geist, der in dieser Sitzung herrschte, ist folgender Ausspruch, der wörtlich dort gefallen ist: „Es hat keinen Zweck, die Gefängnisse zu füllen; wer auf dem Friedhof liegt, rebelliert nicht mehr."

Zur Lage.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat die französische Eisenbahnregie deutschen Eisenbahnbeamten in Ehrang bei Trier folgende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich . . . . geboren am . . . in . . . verlange auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker, daß das Rheinland ein unabhängiger Staat, unabhängig von Frankreich und Deutschland, sowie von jeder anderen Macht werde. Ich erkläre mich bereit, diese Forderung auf Ansuchen des Völkerbundsrates zu wiederholen bezw. zu bestätigen."

Amtmann Weiberg von Wanne, der von den Franzosen wegen Nichtausführung eines französischen Befehls zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist und diese Strafe in Zweibrücken verbüßt, leidet an einer Augenkrankheit, die Schlimmstes befürchten läßt. Alle Gesuche um ärztliche Spezialbehandlung oder um Haftunterbrechung wurden bislang abschlägig beschieden. Jetzt hat es aber das Rote Kreuz schließlich doch erreicht, wie der in Zweibrücken befindliche Delegierte mitteilt, daß Weiberg dieser Tage einem Sanatorium in Wiesbaden zugeführt wird.

Wie aus Frankfurt gemeldet wird, sind bereits einzelne Mainzer Banken dazu übergegangen, Angestellte mit französischen Franken zu entlohnen. Auch die von der Regie eingestellten Eisenbahner sollen Gehalt in französischer Währung erhalten.

Zu dieser Erklärung wird von der Regie eine Empfangsbescheinigung folgenden Inhalts ausgestellt:

Herr . . . hat am . . . eine Willenserklärung für einen unabhängigen Rheinstaat für den Völkerbund abgegeben und gleichzeitig . . . als Werbebeitrag gestiftet. (Die Franzosen „verstehen" eben Propaganda zu machen und kein Mittel ist ihnen zu schlecht.)

Die Besatzungsbehörde in Bochum hat den „Märkischen Sprecher", das Organ der Deutschen Volkspartei, dauernd verboten.

Nunmehr sind abermals hier sämtliche nichtsozialistische Blätter am Erscheinen verhindert.

Aus dem besetzten Gebiete wurden ausgewiesen Studienrat Dr. Miehr, Professor Moser in Kirchheimbolanden, die Lehrer Merz in Glaumünchweiler, Festheller in Schönberg, Oberfekretär Graf in Elfenberg, Eisenbahnbediensteter Baumann in Alfers, Griebler in Trier, Eisenbahnassistent Henning in Wöttich, Zoassistent Feith in Henning, Zollfekretär Sachtleben in Saarburg, Zollwachtmeister Strecker in Serrig Erbprinz Hermann zu Wied in Neuwied.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, 18. Oktober 1923.

—* **Die Möglichkeit zum Sparen** ist in den letzten Jahren jedem Menschen, der sein Geld „verdienen" muß, genommen worden. Das Geld entwertet sozusagen in der Tasche, und man tut sich am besten gleich die nötigsten Sachen dafür kaufen. Man braucht aber schließlich auch einmal ein Kleidungsstück und das anzuschaffen ist heutzutage schwer. Nun ist man in Dortmund und anderen Städten dazu übergegangen, dem Publikum die Möglichkeit zur Anschaffung nötiger Bekleidungsgegenstände zu geben und einige Geschäfte haben (ähnlich der Buchmark) Goldkonten eingerichtet. Dadurch werden viele in die Lage versetzt, sich wieder einmal ein Kleidungsstück zu kaufen, was bisher völlig unmöglich war. Es wäre zu begrüßen, wenn man auch in hiesiger Stadt dem Beispiel folgen würde; viele notleidende Familien und Einzelpersonen wären dafür dankbar.

— **Verfüttert kein Brotgetreide!** Infolge der Devisenknappheit besteht eine fast völlige Unmöglichkeit der Einfuhr von Brotgetreide, die zur Sicherung der Brotversorgung nach den Plänen für das laufende Wirtschaftsjahr in starkem Umfange mit in Rechnung gestellt worden war. Aus diesem Grunde muß die gesamte Versorgung Deutschlands mit Brot fast vollständig auf die Inlandernte abgestellt werden und es darf Brotgetreide mehr noch als in früheren Jahren nicht Zwecken dienen, die nicht der unmittelbaren Ernährung der Bevölkerung zu Gute kommen. Eine Hauptgefahr in dieser Richtung bildet die Verfütterung. Das Verbot der §§ 44, 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte v. Js. vom 4. Juli 22 [RGBl. 1 Seite 549], wonach die Verfütterung von Brotgetreide und daraus hergestellten Mehl und die Herstellung von Futtermitteln aus solchem Brotgetreide und Mehl unter Strafe gestellt ist, gilt noch bis zum 31. Dezember 1923. Aus vielen Teilen des Reiches kommen jedoch Mitteilungen, daß die Verfütterung in großem Umfange erfolgt, auch ist eine starke Verfrachtung von Brotgetreide nach den Hauptproduktionsgebieten der Viehzucht wahrnehmbar. Es scheint, als ob die erfreulicherweise an sich nicht unbefriedigende Brotgetreideernte dieses Jahres in dem in Betracht kommenden Teil der Bevölkerung die Auffassung erweckt hat, als ob ein Sparen mit unseren Vorräten in diesem Jahre nicht so erforderlich wäre, und als ob das Verfütterungsverbot mit einer gewissen Nachsicht gehandhabt werden könnte. Diese Ansicht ist durchaus irrig und es ist im Gegenteil gerade in jetziger schwerer Zeit unseres Vaterlandes für jeden Volksgenossen oberste Pflicht, eine Vergeudung des Brotgetreides zu vermeiden. Die wirtschaftliche Lage läßt es auch geboten erscheinen, das Gebot vorausschtlich für das gesamte Wirtschaftsjahr in Kraft zu erhalten. Eine derartige Regelung ist in einem Gesetzentwurf zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 vorgesehen. Die bei der derzeitigen Preisentwicklung insbesondere für Roggen einerseits Futtergetreide andererseits verstärkte Gefahr, daß Roggen der verbotswidrigen Verfütterung zugeführt wird, zwingt daneben zu einer besonderen Verschärfung der Strafvorschriften für die Fälle, in denen die Verfütterung nicht beim Landwirt aus seiner eigenen Ernte, sondern von anderen, z. B. den Schweinemästereien, mittels erst erworbenen Getreides erfolgt.

— **Auslandsarbeiter in der Landwirtschaft.** Die für landwirtschaftliche Betriebe im Jahre 1923 erteilten Genehmigungen zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter laufen mit dem 15. Dezember 1923 ab. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber werden daher hiermit aufgefordert, die Anträge auf Zulassung ausländischer Landarbeiter für das Jahr 1824 bei dem unterzeichneten öffentlichen Arbeitsnachweis [nicht dem Landesarbeitsamt] auf den dort unentgeltlich zu erhaltenden Antragsformularen einzureichen. Verspätet eintreffende Anträge werden wahrscheinlich unberücksichtigt bleiben müssen.

—* Der Meistbetrag der Postanweisungen, Postaufträge und Nachnahmen aus dem Ausland sowie der Meistbetrag der Nachnahmen auf Postpaketen und Postfrachtstücken aus Deutschland nach dem Ausland ist, bis auf einige Ausnahmen, auf 25 Milliarden ℳ erhöht worden. Soweit diese Dienstzweige vorläufig eingestellt sind, gilt die Erhöhung erst vom Zeitpunkt ihrer Wiederaufnahme an. Zu den Ausnahmen gehören Dänemark (15 Milliarden), Luxemburg (5 Milliarden) Polnisch-Oberschlesien (Postanweisungen 500 Millionen, Postaufträge und Nachnahmen wie im innern deutschen Verkehr), Portugal (500 000 ℳ). In den Zollinhaltserklärungen zu Paketen nach Griechenland und nach Jugoslawien müssen das Rohgewicht und das Reingewicht der Sendungen in Kg. und Gr. angegeben werden. Ungenaue Gewichtsangabe können Erhebung höherer Zolle zur Folge haben. Nach einer Mitteilung der Postverwaltung von Estland gehen in letzter Zeit bei den dortigen Postanstalten zahlreiche Briefsendungen aus dem Ausland ein, die Gegenstände (Industrieerzeugnisse) von Handelswert enthalten. Hierzu gehören auch gebrauchsfertige, als Drucksache verpackte Ansichtskarten. Da in Estland alle ausländischen Industrieerzeugnisse zollpflichtig sind, werden derartige Briefsendungen von den estnischen Postanstalten auf Grund der Bestimmungen des Weltpostvertrages nach dem Aufgabeort zurückgeleitet.

Westhofen, 17. Okt. Wie lange bleiben die Franzosen noch? Widersprechende Gerüchte gehen in unserem Amt um: Einerseits will man wissen, daß die Franzosen am 24. Oktober aus Westhofen abrücken, andererseits wird erzählt, daß die Besatzungsbehörde vom Amt 150 Oefen angefordert hat, was wohl auf längeres Bleiben schließen ließe. Gewißheit darüber, welches der Gerüchte zutrifft, läßt sich noch nicht gewinnen.

Westhofen, 17. Okt. Warnung für Reisende. In den letzten Tagen haben die Franzosen aus einer Reihe von Zügen eine große Anzahl von Personen herausgeholt, weil deren Pässe nicht in Ordnung waren. Die Reisenden tun gut, nicht ohne den neuen sechseckigen Stempel die Einreise in das besetzte Gebiet zu versuchen. Sie ziehen sich nur Scherereien zu und werden, sobald sie gefaßt werden, von den Franzosen rücksichtslos zurückgewiesen.

Aus den Provinzen.

Hagen. Einer beispiellosen Roheit machte sich am Samstag abend in einer Wirtschaft an der Frankfurter Straße ein junger Mann dadurch schuldig, daß er seinem Gegner, mit dem er in einem Wortstreit geraten war, mit einem Dolch einen Finger abschlug. Dann verließ der Rohling mit der unvermeidlichen brennenden Zigarette unbehelligt das Lokal. Das dicke Ende wird für ihn nachkommen.

Soest. Auf dem hiesigen Bahnhofe wurden bei einem auswärtigen Händler 54 Pfund Butter polizeilich beschlagnahmt, weil dieser keine Handelserlaubnis hatte.

Hamborn. Jugendlicher Mörder. Auf einem Maskenfest an der Sotenstraße erstach der 17jährige (!) Bergarbeiter Gustav Schaffat aus Meiderich mit einem Taschenmesser die 16jährige (!) Rose Münstermann, mit der er seit längerer Zeit ein Verhältnis unterhalten hatte. Angeblich ist die Getötete mit der Tat einverstanden gewesen. Sein Vorhaben, sich darauf das Leben zu nehmen, führte der Täter aus Angst nicht aus, sondern stellte sich der Polizei. Er wurde in Haft genommen.

Herringen. Zwei vermißte Kinder von der Jägerstraße 184b sind bis heute nicht wieder zu ihren Eltern zurückgekehrt, sie werden schon seit Freitag, dem 28. September, vermißt. Es handelt sich um den sechsjährigen Willi Mende (bekleidet mit dunkelkariertem Anzug, ohne Kopfbedeckung, barfuß) und den zweijährigen August Pabel (bekleidet mit grauem Sweater, blauer Tuchhose und blauer Schürze.) Angaben, die zur Auffindung der Kinder führen können, wolle man an die Eltern oder an die Polizei richten.

Mülheim (Ruhr). Großer Einbruch. Mittelst Einbruchsdiebstahls wurden aus dem Putzgeschäft Geschw. Haiger in der Hindenburgstraße Pelze und Strickwaren im Werte von vielen Milliarden Mark gestohlen. Die Einbrecher hoben eine runde Eckscheibe aus und gelangten durch diese in den Laden.

Die neuen Eisenbahn-Fahrpreise.

Gültig ab 18. Oktober.
(Ohne Gewähr.)
Multiplikator: 600 000 000.

		I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.
Grundzahl je Kilometer (Personenzug) in Pfennigen		19,8	9,9	3,3	2,2
Schnellzug-	bis 75 km	3 ℳ	1,5 ℳ	0,5 ℳ	—
Zuschl.	bis 150 „	6 „	3 „	1 „	—
	über 150 „	9 „	4,5 „	1,5 „	—
Platzkarte		1,6 „	0,8 „	0,3 „	—
Bettkarte		16 „	8 „	4 „	—
Vormerkgebühr 10%					

Bahnsteigkarte: 0,20 ℳ Fahrradkarte: 0,50 ℳ

Handel und Börse.

Telegraphische Auszahlung am 17. Oktober 1923.

Amsterdam-Rotterdam	2 165 400 000
Buenos Aires	1 764 400 000
Brüssel u. Antwerpen	292 730 000
Christiania	854 130 000
Kopenhagen	972 425 000
Stockholm	1 459 635 000
Helsingfors	147 367 500
Italien	252 630 000
London	25 162 500 000
Ein Dollar	5 513 750 000
Paris	334 835 000
Schweiz	990 470 500
Spanien	751 875 000
Wien (abgestempelt) je 1 K.	77 694
Prag	164 410 000
Budapest	357 000

Der stille Teilhaber.

Die Bestechlichkeit der französischen Ruhrarmee ist ebenso groß wie ihre Tapferkeit, die sie einem wehrlosen Volk gegenüber in endlosen Siegen bewiesen haben. Als sie, die Bestechlichkeit, zu großen Umfang annahm, holte man die französischen Zöllner zu Hilfe, aber auch sie waren nicht anders. An den Grenzstellen weiß man das ganz genau: es gibt sogar schon feste Sätze, nach denen man sich richtet und die einem das Rechnen ersparen und die Ueberlegung, wieviel soll man geben. Besonders bei den oberen Zollbeamten ist dies zum System ausgebildet und es wird manchmal von ihnen auch Deutschen gegenüber zynisch zugegeben. So sagte ein französischer Zollinspektor, der an einer stark beanspruchten Grenzstelle die Interessen seines Meisters Poincaré wahrnehmen sollte: „Lieber ein Prozent für mich, als zehn für Herrn Poincaré!" Der Mann hatte eigentlich recht.

Was nun?

Es ist müßig, in der gegenwärtigen Lage darüber zu streiten, ob die Aufgabe des passiven Widerstandes eine Kapitulation gewesen sei oder nicht. Die französische Presse hat nicht unrecht, wenn sie zwischen dem inneren und dem äußeren Widerstand unterscheidet und fordert, Deutschland müsse, bevor von Verhandlungen die Rede sein könne, neben dem äußeren auch den inneren Widerstand aufgeben. Der Abbau des passiven Widerstandes stelle sich nur dann als eine Kapitulation dar, wenn er zugleich einen inneren Verzicht bedeute. Ob das der Fall ist, muß die Zukunft lehren. Wer die Verhandlungen mit den Vertretern der besetzten Gebiete in Berlin mit erlebt hat, weiß genau, daß diese nur unter dem Druck der ihnen vorgelegten amtlichen Zahlen für eine Aufgabe des passiven Widerstandes gewonnen worden sind, daß also nur finanzielle Gründe für diesen folgenschweren Entschluß maßgebend waren. In dieser schweren Stunde der Prüfung muß uns die Hoffnung erlaubt sein, daß es sich unter Aufgabe des passiven Widerstandes eben nur um die Niederlegung einer stumpf gewordenen Waffe gehandelt hat, um eine Niederlegung, die zugleich von dem festen Entschluß sowohl von seiten der Regierung wie der Vertreter der besetzten Gebiete begleitet war, den Kampf gerade jetzt erst recht, wenn auch mit anderen Mitteln bis zum Ende fortzuführen.

Seltsamerweise gibt es auch heute in Deutschland noch immer jene gedankenlosen Optimisten, die von jedem inneren oder äußeren Nachgeben dem Feinde gegenüber eine Besserung der Lage erhoffen und die auch heute annehmen, die französische Regierung werde jetzt nach Erfüllung einer wesentlichen Grundbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen in der Tat zu Verhandlungen bereit sein. Oder Herr Poincaré werde, wie er das in einer seiner sonntäglichen Reden mit unfreiwilliger Komik ausgedrückt hat, „soviel Edelmut zeigen, daß die Deutschen davon überrascht sein würden." Für jeden auch nur oberflächlichen Kenner der französischen Politik kann es natürlich nicht zweifelhaft sein, daß Poincaré auch jetzt, nach Hinwegräumung des scheinbar größten Verhandlungshindernisses andere Vorwände zur Verschleppung der Verhandlungen finden und Deutschland unter keinen Umständen Bedingungen stellen wird, welche auch nur in irgend welchem Sinne annehmbar sind. Im Gegenteil: die französische Kalkulation geht ohne Zweifel dahin, jetzt, nachdem eine der wichtigsten Waffen im Abwehrkampf den Händen Deutschlands entwunden ist, die Versklavung bezw. die Annexion von Rhein und Ruhr mit allen Mitteln durchzuführen und den bisherigen Gewaltzustand in einen durch die Unterschrift der deutschen Regierung sanktionierten Vertragszustand überzuführen. Aus dem Ruhrgebiet soll ein Saargebiet werden, das ist die klar erkennbare Tendenz der französischen Politik. Natürlich gehört dazu auch, daß Deutschland durch Verweigerung der sogenannten Ehrenforderungen — Freilassung der Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen usw. — moralisch in eine ähnliche Lage versetzt werden soll, wie durch den berüchtigten Auslieferungsparagraphen des Versailler Friedensvertrages. Die bisher veröffentlichten Andeutungen der französischen Presse lassen keinen Zweifel darüber, daß die sogenannten Verhandlungen sich etwa in dieser Richtung bewegen würden und nur urteilslose Köpfe können im Ernst glauben, daß durch die Konzession, die wir mit dem Abbau des passiven Widerstandes gemacht haben, hierin das mindeste geändert worden sei.

Dieser neuen Lage gegenüber erhebt sich die ernste Frage: Wird es jetzt zu einer wirklichen Kapitulation kommen? Wird sich eine deutsche Regierung finden, die ein neues Diktat, schlimmer als das von Versailles, mit ihrem Namen deckt, und dadurch freiwillig Millionen von Volksgenossen dem Elend der Fremdherrschaft preis gibt? Eine solche deutsche Regierung kann es nicht geben und wird es nicht geben. Sie würde von der Empörung des gesamten Volkes hinweggefegt werden. Denn man täusche sich nicht darüber, auch heute noch, nach dem offiziellen Abbau des passiven Widerstandes lebt der Wille zum Widerstand in den breitesten Schichten der Bevölkerung des besetzten Gebietes, die monatelang ein unmenschliches Joch getragen hat, mit aller Stärke fort. Eine Rückkehr zu geordneten wirtschaftlichen Zuständen kann auf Monate hinaus im Ruhrgebiet nicht erwartet werden. Eine sofortige Einstellung der Lohnsicherungen ist schon aus diesem Grunde unmöglich. Die Lage ist somit durch den Abbau des passiven Widerstandes nicht entspannt, sondern noch gespannter geworden. Nichts ist geklärt, nichts ist erledigt: Der Kampf beginnt. Erst jetzt wird sich zeigen, ob in uns der Wille zum Aushalten oder zum Kapitulieren liegt.

Erfolge der Ingenieur-Kommission.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Die Franzosen haben Essener und andere Zeitungen verboten, weil sie über das schwere Unglück auf der von den Franzosen mit polnischen und französischen Kulis in Betrieb gesetzten Zeche Viktor bei Rauxel berichteten. In aller Heimlichkeit sind die Opfer — über 40 — begraben worden. Das Unglück ist entstanden, weil der französische Ingenieur, entgegen der dringenden Warnung des als Geisel mitgenommenen und zu Tode gekommenen Grubenbeamten vermauerte Schlagwetterstrecken sprengen ließ. Der Schacht droht übrigens zu versaufen. Auch mit der Inbetriebsetzung der beschlagnahmten Kokereien haben die Franzosen kein Glück: es ist ihnen noch nirgends gelungen, Koks zu erzeugen. Aber sie versuchen es, wenigstens den Schein oder richtiger Feuerschein zu erwecken, als ob die Koksöfen in Betrieb wären, und zwar durch Verbrennen von Oelfässern.

Angst vor der Entvölkerung.

Die Angst vor der Entvölkerung trieb die Franzosen in den Krieg und in die Bündnisse mit Rußland, England und den anderen fünfundzwanzig Nothelfern, die Angst vor der Entvölkerung brachte sie ins Ruhrgebiet und zu dem Plan, Deutschland zu vernichten. Dabei wird jeder kleine Bevölkerungszuwachs ängstlich behütet, werden schwarze Franzosen als vollgültige Volksgenossen mitgezählt. Ein bezeichnendes Licht wirft eine Verordnung Degouttes auf diese französische Schwäche: schwangere Französinnen, die an Rhein und Ruhr als mehr oder weniger legitimer weiblicher Troß sich aufhalten, dürfen in Deutschland nicht niederkommen, sondern müssen kurz vor der Entbindung nach Frankreich, damit der Zuwachs nicht in Feindesland geboren wird. Sie haben es nicht leicht, diese Heldinnen, die zur Belustigung der tapferen Soldaten an Rhein und Ruhr sich aufhalten und dort Reparationen auf eigene Faust machen, indem sie aus den beschlagnahmten Hotels und aus den Privatquartieren Silberzeug mitgehen heißen. Wenn sie ihre Pflicht getan haben, müssen sie nach Frankreich zurück, um dort ihren Dienst für das Vaterland zu vollenden und um im besetzten Gebiet anderen Französinnen Platz zu machen.

Der Krieg gegen die Kunst.

Kulturelle Einrichtungen, wie Schulen, Ausstellungshallen, Kongreßsäle usw., welche Deutschland in langen Friedensjahren vorbildlich geschaffen hat, sind für die französische Zerstörungsarmee an Rhein und Ruhr nichts anderes als Objekte für den militärischen Mißbrauch. In einer Stadt wie Düsseldorf, wo die Kunst ein bedeutender kultureller und wirtschaftlicher Faktor ist, wurde von der Besatzungsarmee die Hälfte des Kunstpalastes besetzt. In dem den Deutschen verbliebenen Teil wurde auch in diesem Jahr wieder eine Kunstausstellung veranstaltet. Aber auch dieser Rest deutscher Tätigkeit wäre um ein Haar der Besatzung zum Opfer gefallen. Eines Morgens gegen 5 Uhr bemerkte der Wächter starken Brandgeruch in einem der Säle, die unmittelbar an den zur Kaserne umgewandelten Teil anstoßen. Die Untersuchung ergab, daß zwischen der abschließenden, mit Rupfen bekleideten Bretterwand und einer dicht daneben von den Franzosen zum besseren Abschluß ihrer Schreibstube errichteten zweiten Bretterwand ein Brandherd lag. Leicht brennende Stoffe waren aufgehäuft, eine Oelkanne stand bereit, um das Feuer zu schüren, das ohne Zweifel absichtlich angelegt worden war. Der Wächter alarmierte sofort die Franzosen, die zunächst selbstverständlich die Deutschen beargwöhnten, dann aber zugeben mußten, daß alle Anzeichen auf einen der ihren als den Brandstifter deuteten. Die Untersuchung zeitigte dann auch sehr schnell überraschende Ergebnisse. Ein französischer Soldat, der in der Schreibstube beschäftigt war, hatte Unterschlagungen begangen und wollte zur Verdeckung seiner Verfehlungen die Schreibstube mit allen Akten in Brand setzen. Wäre der deutsche Wächter auch nur wenige Minuten später gekommen, so hätten die Zwischenwände bereits in hellen Flammen gestanden. Das aber hätte bei der großen Menge leichter, bespannter Bretterwände, dünner Stoffe und rasch entflammbarer Oelbilder ohne Zweifel die völlige Vernichtung des Düsseldorfer Kunstpalastes bedeutet. Der sonst eifrige französische Pressedienst in Düsseldorf, der sonst aus dem kleinsten Diebstahlsversuch einen großen Sabotageakt zu machen weiß, schweigt sich über diese Heldentat aus.

Die Deutschen vogelfrei.

Siegerübermut feixt auf den Gesichtern der französischen Soldateska im Ruhrgebiet. Tag für Tag werden Städten in zunehmendem Maße Kontributionen auferlegt, erfolgen Beschlagnahmungen von Billionen, werden neue Schulen mit Truppen belegt, werden Hauseinrichtungen, Möbel, Druckereiutensilien, Maschinen, Lokomotiven weggenommen — kurz, wird das besetzte Gebiet systematisch ausgeraubt. Wehe dem Deutschen, der sich nicht willig alles gefallen läßt! Immer unverschämter wird auch das Verhalten gegen Frauen und Mädchen und aus allen Orten ertönen Klagen, daß man sich abends nicht mehr ungefährdet auf der Straße aufhalten kann. Betrunkene Soldaten fordern Pässe ab, belästigen Mädchen und Frauen, verhaften und mißhandeln die Männer. In Bredenscheid bei Hattingen wurde bei hellem Tage ein auf dem Feld arbeitendes Mädchen von Franzosen überfallen und vergewaltigt, so daß es im Krankenhaus darniederliegt. An den Grenzstationen werden unter nichtigen Vorwänden weibliche Personen, die mit den Spätzügen kommen, festgehalten und eingesperrt, den gröbsten Schmähungen ausgesetzt, wenn nicht Schlimmeres passiert. Allgemein sind die Klagen über die Ausschreitungen betrunkener Offiziere und Soldaten. Die belgisch-französischen Truppen sind vielfach verludert. Nichtstun und schwelgerisches Leben auf Kosten der hungernden Bevölkerung haben sie demoralisiert. Und unter solchen Zuständen soll ein kulturell hochstehendes Volk Sklavenarbeit leisten!

Der Offizier als Mörder.

An der Grenze des besetzten Gebietes in der Nähe von Elberfeld fährt ein Radfahrer auf der Landstraße. Ein französischer Posten ruft ihn an, aber er kann den Anruf nicht hören, weil eine eben vorbeikommende Schwebebahn starken Lärm macht. Der Posten schießt infolgedessen nicht. Aber ein des Weges kommender französischer Offizier, der dem Radfahrer entgegenkommt, zieht wenige Schritte vor dem Radfahrer seinen Revolver und schießt ihn tot.

Staatlich
konzess. Wettannahme
3188 **Schwerte, Ostenstraße 13**

Annahme von Wetten für in- und ausländische Pferderennen werden täglich in der obigen Annahmestelle Mittags von 11—2 Uhr von dem behördlich zugelassenen Buchmachergehilfen August Mielke in Schwerte auf meine Rechnung entgegengenommen. Wettbestimmungen, Rennresultate und Zeitungen liegen in der Annahmestelle, Schwerte, Ostenstraße 13, aus.

Carl Meierling, Hörde,
behördl. zugelass. Buchmacher. Tel. 494 u. 495.

3189 **Zigaretten**

bekannte sowie unbekannte Marken, **Constantin, Lisa, Pasi, Peru, Biberti, Seriös, Romani, Sobek, Memphis, Liktor, Box** u. a. Marken, jeder Posten weit unter Tagespreis lieferbar.

Paul Siebert, Berlin NO 18,
Wassermannstr. 28 Tel. Königstadt 7232

Anzeigenpreise ab 13. Oktober:
Die Grundpreise betragen:
Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.—	Mk.
Auswärts	80.—	„
Reklame	140.—	„
Auskunftsgebühr	5.—	„
Offertengebühr	10.—	„

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl
(ab 13. Oktober 600 000)
zu vervielfältigen.

Die schönsten Handarbeiten
nach den vorzüglichen Anleitungen und herrlichen Mustern von
Beyer's Handarbeitsbücher
Kreuzstich, 2 Bände
Ausschnitt-Stickerei, 2 Bände
Strick-Arbeiten, 2 Bände / Klöppeln, 2 Bände
Weißstickerei / Sonnenspitzen / Kunst-Stricken
Hohlsaum und Leinendurchbruch / Das Flickbuch
Häkel-Arbeiten, 4 Bände / Schiffchen-Arbeiten
Buntstickerei, 2 Bde. / Hardanger-Stickerei
Buch der Puppenkleidung



Ausführliches Verzeichnis umsonst!
Über 60 verschiedene Bände!
Überall zu haben oder vom
Verlag Otto Beyer, Leipzig-T.
Postscheck-Konto 52279

Lichtspiele „zur Reichskrone"
Die große Sensation!
Nur noch heute!
Die brennende Kugel!
Zirkus-Sensationsschauspiel in sechs gewaltig spannenden Akten mit dem berühmten Schauspieler **Alfred Galaos** in der Hauptrolle.
•••
Als zweites bringen wir den großen **Johannes Riemann-Film:**
Opfer der Leidenschaft!
Drama in sechs Akten mit **Johannes Riemann** in der Hauptrolle.
3191

3187 Gew.
Feinkohlen
Ia. Hausbrand
am Lager, bezugsscheinfrei
Adolf Schmidt,
Kohlenhandlung.

Zuverlässige
Putzfrau
gesucht.
Ruhstraße 7.

Frau
zu Gartenarbeit gesucht (pflanzen, jäten, hacken)
Zu erfr. in der Geschst.

Möbliertes Zimmer
von anständigem jungem Herrn gesucht.
Gefl. Offerten unter Nr 3186 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ergste!
Zeitungsbote für baldigst gesucht.
Schwerter Zeitung.

Lichtspiele „Zur Reichskrone"
Ab morgen Freitag!
Das große Film-Singspiel
Jugendglück u. Liebesleid
in vier wundervollen Akten unter Mitwirkung erster Sänger und Sängerin.
Gesungen werden folgende Lieder:
„O Jugend, wie bist du so schön" — „Ich schnitt es gern in alle Linden ein" — „Nach der Heimat" — „Sah' ein Knab'" — „Aus der Jugendzeit" — „Ach wie ist's möglich dann" — „Noch ist die blühende, goldene Zeit" — „Die Lore am Tore" u. s. w.
Dazu der große Abenteuerfilm
Frau Schlange!
In der Hauptrolle **Paul Heidemann.**